



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Läuft der Antidumping-Schutz vor chinesischen Billigprodukten am 11. Dezember 2016 aus?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen über den aktuellen Stand der Einstufung Chinas als „Nicht- Marktwirtschaft“, über die Maßnahmen der EU zum Schutz der europäischen Industrie gegen Billigimporte aus China sowie über mögliche Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft bei einer Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft zu berichten.

Begründung:

Heute werden Waren aus China im Wert von 350 Mrd. Euro nach Europa importiert. China ist zweitwichtigster Handelspartner Europas. Am 11. Dezember 2016, fünfzehn Jahre nach der Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation (WTO), wird ein Unterabsatz in Abschnitt 15 des Beitrittsprotokolls der Volksrepublik China außer Kraft treten, welcher diese als „Nicht-Marktwirtschaft“ einstuft. Welchen Status China nach 2016 erhalten wird, ist nicht ganz klar. Allerdings werden von allen Seiten Befürchtungen geäußert hinsichtlich der gravierenden Auswirkungen für europäische Unternehmen, vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Sollte China ab Dezember den Marktwirtschaftsstatus erhalten, werden vor allem die Branchen, die bereits jetzt unter chinesischem Dumping leiden, wie Metalle, Textil, Autoteile und Umwelttechnologien betroffen sein. Insgesamt sieben Industriezweige, darunter auch die Holzwirtschaft, Keramik- und Fahrradproduktion, wären von dem unfairen Wettbewerb Chinas betroffen.